

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Golfkrieg und Bonner Versagen  
**Autor:** Pozsgai, Joseph  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093257>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

am Leben erhielten. Die ausländischen Grosskonzerne, die sich nach 1975 in Angola niederliessen, hätten mit der Regierung in Luanda paktiert und «entscheidend zu einer Verlängerung des Bürgerkrieges und der Leiden des angolanischen Volkes beigetragen. Der Bürgerkrieg dauert bereits sechzehn Jahre.

### Vor neuer Offensive?

Nach Angaben der Widerstandsbewegung bereiten die MPLA-Streitkräfte mit Luftangriffen eine neue Bodenoffensive in der Südprowinz Cuando Cubango vor. Unita-Stellungen im Norden des Landes würden ebenfalls bombardiert. Die MPLA setze erneut Gift- und Nervengas ein. Der belgische Toxikologe Aubin Heyndrickx hat seit 1986 wiederholt den Gebrauch von chemischen Waffen durch die MPLA-Streitkräfte gegen die Unita und gegen die in deren Gebiet lebende Bevölkerung nachgewiesen (Heyndrickx hatte die UNO unter anderem schon 1986 auf das chemische Potential des Irak aufmerksam gemacht).

Auf harsche Kritik seitens Luandas stiess ein angebliches Ersuchen der Unita an die Tschechoslowakei um Waffenlieferungen. Damit habe die «Marionettenbande» einen Mangel an Ernsthaftigkeit und Gewissenhaftigkeit bei dem gegenwärtigen Verhandlungsprozess bewiesen. Es bestätigte sich, dass die Unita mit bewaffneter Gewalt die Macht erlangen wolle. Im vergangenen Dezember hatte erstmals eine Unita-Delegation offiziell Prag besucht. Aber die Verbindungen zwischen der Widerstandsbewegung und der Tschechoslowakei wurden schon zu Beginn der achtziger Jahre geknüpft, als eine tschechoslowakische Regierungsdelegation in Jamba über die Freilassung gefangener sowjetischer Piloten verhandelte.

### Gesperrte Friedenskorridore

Auf eine bevorstehende Offensive deutet auch hin, dass die sogenannten Friedenskorridore, die auf Anregung der Unita errichtet wurden, jetzt von der MPLA wieder gesperrt wurden. Durch diese gelangte in den vergangenen Monaten internationale humanitäre Hilfe vor allem in von der Regierung kontrollierte Städte in Südafrika; in diesem Gebiet hungern über zwei Millionen Menschen. ■

Joseph Pozsgai

# Golfkrieg und Bonner Versagen

**Die aussenpolitische Premiere Bonns nach Erlangung der vollen deutschen Souveränität brachte ein ausgewachsenes Fiasko auf die Bühne. Es geht um das deutsche Verhalten angesichts des Golfkrieges.**

Der Golfkrieg kam der Bundesregierung zwar äusserst ungelegen, aber unerwartet konnte er für sie wahrhaftig nicht sein. Seit dem 2. August, als die irakischen Truppen in Kuwait einfielen, hatte sie gut fünf Monate Zeit, darüber nachzudenken, wie sie sich verhalten sollte, falls sich Saddam Hussein den UNO-Beschlüssen widersetzen würde – mit den entsprechenden Konsequenzen. Schon im August hatten die USA mit grossen Truppentransporten nach Saudi-Arabien begonnen; der Erprobungsfall war damit angezeigt.

Die völkerrechtliche Ausgangslage war eindeutig, und die Frage war nur, ob man die gerechtfertigten UNO-Beschlüsse auch durchsetzen würde. Was hier über die politische Prinzipienfrage hinaus und keineswegs für die Amerikaner allein auf dem Spiel stand, hatte Präsident Bush auch klargestellt, und zwar gleich am Anfang der Krise. Es sei nicht zu dulden, sagte er, dass sich ein hemmungsloser Führer der reichen, aber schwachen Erdölstaaten am Golf bemächtigt, um dann die Bezugsstaaten nach Belieben erpressen zu können.

Wenn das pro domo gesprochen war, dann erst in zweiter oder dritter Linie. Die USA beziehen lediglich 25 Prozent ihres Erdölbedarfs aus der Golfregion, die Europäer hingegen mehr als 50 Prozent des ihren. Nun gedachte ausgerechnet die stärkste Wirtschaftsmacht Westeuropas, nämlich Deutschland, bei diesem Konflikt auf der Zuschauertribüne Platz zu nehmen. Kein Wunder, dass das in Ländern, die sich für weniger Eigeninteresse stärker engagierten, sauer aufsties. Für sie musste es zwangsläufig so aussehen, dass Bonn seine Kastanien von andern aus dem Feuer ziehen lasse.

Aber Bonn hätte schon aufgrund eines speziellen Aspekts der ganzen regionalen Krise hellhörig werden müssen. Saddam Hussein drohte nämlich unaufhörlich mit der Vernichtung des jüdischen Staates, den er, wie man inzwischen gesehen hat, mit seinen sowjetischen Scud-Raketen, deren Reich-

weite mit deutscher Hilfe verlängert wurde, tatsächlich beschossen kann.

Um so peinlicher wirkte dann das lange deutsche Schweigen, als am 16. Januar der Krieg der Verbündeten im Auftrag der UNO und unter amerikanischem Kommando tatsächlich begann. Tagelang keine Stellungnahme aus Bonn. Die Ansichten und Absichten der Regierung wurden der Öffentlichkeit und der Bevölkerung vorenthalten. Das Feld wurde der Friedensbewegung überlassen, mitsamt ihren gelogenen Bestandteilen von früher, die nun einfach ihre antiamerikanischen Plakate wieder hervorholten und mit ihrem Feindbild dem Anliegen des irakischen Kriegsbeginners vom August ihren Sukkurs gaben.

In dieser Zeit also hüllte sich die Bundesregierung in Schweigen, und was sich in jenen Tagen in Bonn abspielte, ist bis heute ein Geheimnis. Erst als in den verbündeten Ländern sowohl Medien als auch Politiker immer deutlicher Auskunft begehrten, kamen die offiziellen Deutschen dazu, wenigstens vor den Vorhang zu treten.

Sogar die Franzosen, Altmeister der Alleingänge innerhalb der atlantischen Allianz, vermissten das Bündnisbewusstsein bei ihren deutschen Partnern. Der «Figaro», normalerweise keineswegs auf Germanophobie getrimmt, gab der Verstimmung exemplarischen Ausdruck: «Deutschland hat 80 Millionen Einwohner, das höchste Bruttonettoprodukt Europas und die grösste Armee des Kontinents. Von diesem Land dürfte man mehr erwarten als Friedensdemonstrationen auf den Strassen, als die mühsam bewilligte Stationierung von ein paar alten Alpha-Jets in der Türkei und als eine Zulage in Deutscher Mark für die «amerikanischen Söldner am Golf». Es ist Zeit, dass Deutschland seine Verantwortung auch aktiv wahrnimmt.»

Tatsächlich ist es so: Gerade von Bonn, das bisher als treibende Kraft einer politischen Union der EG-Länder galt, hatte man mehr erwartet als den Reflex, in einer kritischen Situation den Kopf in den Sand zu stecken. Im Bonner Schweigen sahen die Verbündeten – die britischen und amerikanischen erst recht – auch eine Stellungnahme, nämlich die Ablehnung von Waffengewalt gegen jenen Irak, der fünf Monate lang alle arabischen, amerikanischen, westeuropäischen

und sowjetischen Angebote zu einer friedlichen Konfliktlösung in den Wind geschlagen hatte. Ebenso unbeeindruckt zeigte sich Saddam Hussein von den UNO-Aufforderungen, jeweils mit grosser Mehrheit beschlossen, das okkupierte Kuwait zu verlassen.

Zwei Wochen nach Kriegsausbruch nahm Bundesausserminister Genscher eine Standortbestimmung vor. In einem Interview für den «Spiegel» sagte er: «Für mich steht Verantwortungspolitik gegen Machtpolitik. Ich bin der Meinung, dass wir als vereinigt Deutschland grössere Verantwortung tragen, wenn es darum geht, die Europäische Union zu schaffen, die KSZE zu einem wirklichen Stabilitätsrahmen für Europa auszubauen. Wir müssen auch zu grösseren materiellen Leistungen für die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, in der Dritten Welt und für den weltweiten Umweltschutz beitragen. (...) Es wäre ein Trugschluss, anzunehmen, grössere Verantwortung könne sich nur militärisch ausdrücken.»

Mit andern Worten: Macht euren Krieg alleine. Bundeskanzler Kohl schickte den CDU-Generalsekretär Rühle nach Paris und London, um zu erfahren, wie die Botschaft angekommen sei. Sie war schlecht angekommen. Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff, der sich seinerseits zur Schadenbegrenzung nach Washington begab, konnte hinzufügen, dass auch das deutsch-amerikanische Verhältnis stark belastet sei. Und die Belastung könnte, so warnte er, noch grösser werden, wenn die Iraker ihr angeblich mit

deutscher Hilfe produziertes Giftgas einsetzen sollten.

Das konnte den amerikanischen Bodentruppen drohen, aber auch dem jüdischen Staat und seiner Bevölkerung. Die Assoziation «Deutschland, Giftgas, Juden» war sicherlich ein Grund zur Angst in Bonn, und Bundesausserminister Genscher begab sich zu einem überraschenden Besuch nach Israel.

Im übrigen Europa wurde das als Überfälligkeit vermerkt. Das niederländische «NRC-Handelsblad» schrieb: «Es waren Raketenangriffe auf Israel nötig, um die Deutschen wahrnehmen zu lassen, dass auch sie in diesem Krieg eine Pflicht zu erfüllen haben. Wenn den Überlebenden der Gaskammern von Auschwitz die Gefahr droht, vom deutschen Gas eingeholt zu werden, dann darf sich Deutschland seiner Verantwortung nicht entziehen. Es muss versuchen, diese Möglichkeit zu verhindern.»

Sicher ist die Verbindung von Auschwitz und irakisch einsetzbarem Giftgas über das ominös eingesetzte Wort «Deutschland» auch kein Musterbeispiel an fairer Argumentation, aber dass das Motiv gerade im verlassenen Israel durchaus echt empfunden wurde, ist nicht nur menschlich begreiflich, sondern angesichts der deutschen Nahostpolitik auch rational verständlich.

Genscher konnte die besonders harte Kritik des israelischen Ausserministers und der israelischen Presse nicht einmal mit 250 Millionen Mark humanitärer Soforthilfe und

der Zusage deutscher Verteidigungswaffen verstummen lassen. Die Israeli nahmen zwar Geld und Abwehrraketen, aber ihre Vorbehalte blieben. Sie fühlten sich in ihrem Misstrauen nur bestätigt, als Genscher quasi als Kompensation für seinen Israel-Besuch eine neue Nahost-Reise nach Ägypten, Syrien und Jordanien ankündigte. Dabei sicherte er zwei erklärten Feinden Israels, nämlich Syrien und Jordanien, deutsche Finanzhilfe zu. Damit kaufte er sozusagen eine Eintrittskarte zu einer neuen Nahost-Regelung nach dem Golfkrieg.

Syrien gehört der Koalition gegen den Irak aus taktischen Gründen an und will sich insbesondere seinen Zugriff auf Libanon von den Amerikanern absegnen lassen. Die syrische Armee hat seit 1975 dieses Land verwüstet und grösstenteils okkupiert, eigentlich eine nicht viel kleinere Sünde als die irakische Besetzung von Kuwait. Den syrischen Diktator Assad dafür noch zu belohnen, wäre keineswegs eine Aufgabe Deutschlands.

Das deutsche Hilfsversprechen an Jordanien wiederum kam genau zu jenem Zeitpunkt, als die Amerikaner ihre eigene Hilfe an Jordanien einzustellen drohten, weil sich König Hussein in einer Rede noch deutlicher als zuvor hinter den irakischen Diktator gestellt hatte. So geht Deutschland mit seinen Verbündeten um.

Mit seiner Scheckbuch-Diplomatie beidseits der politischen Fronten will sich Bonn alle Kunden für später warm halten. Ob die Rechnung aufgeht, wird sich weisen.

Wie die politische Konstellation in der Region nach dem Krieg aussehen wird, hängt vornehmlich von dessen Ausgang ab. So gut wie sicher ist es allerdings jetzt schon, dass Israel den PLO-Chef Arafat, der sich vorbehaltlos auf die Seite Saddams geschlagen hat, als Verhandlungspartner nicht akzeptieren wird. Aber der deutsche Minister Möllemann, ein Vertrauter von Ausserminister Genscher, hat sich gerade für Arafat stark gemacht. Und gerade dann, als die Bundestagspräsidentin Süssmuth dem Parlament ihre Eindrücke von ihrer Israel-Reise übermittelte. Es gibt politische Situationen, in denen es schwerfällt, einen gezielten Affront von einer blossen Tolpatschigkeit zu unterscheiden.

Nach alledem ist es schwer vorstellbar, dass Bonn in der EG bei der Formulierung einer neuen Nahost-Erklärung den Ton angeben kann. Oder sich überhaupt in der EG weiter so vortun kann, wie es der Bundesregierung vorschwebt. Man stellt sich in Europa die Frage, was für ein Bündnispartner die Deutschen eigentlich seien. Und die gleiche Frage stellt man sich auch in Washington. Jetzt, da der kalte Wind aus Moskau anzeigt, dass ein amerikanischer Rückhalt für Deutschland noch nicht so verzichtbar ist, wie man vor-schnell gemeint hat. ■



12 Unzählige solcher Plakate gibt es in Bagdad. Im Visier des Diktators sind bislang die Einwohner Israels und Saudi-Arabiens ... (Bild und Legende: «Neue Zeit»)